

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> - Der Oberbürgermeister -		<b>Drucksache</b> <b>DS0481/04</b>	<b>Datum</b> 21.07.2004
<b>Dezernat: VI</b>	<b>Amt 65</b>		

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Beschlussvorschlag		
			ange- nommen	abge- lehnt	ge- ändert
Der Oberbürgermeister	27.07.2004	nicht öffentlich			
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	23.09.2004	öffentlich			
Finanz- und Grundstücksausschuss	29.09.2004	öffentlich			
Stadtrat	07.10.2004	öffentlich			

Beteiligte Ämter Amt 37, Amt 68, Behind.b, FB 01, FB 02, FB 03	Beteiligung des	Ja	Nein
	<b>RPA</b>		X
	<b>KFP</b>		X
	<b>BFP</b>	X	

### Kurztitel

Neubau Feuerwache Nord  
Bestätigung der HU-Bau

### Beschlussvorschlag:

- Der Stadtrat beschließt die HU-Bau für den Neubau der Feuerwache Nord auf der Grundlage der Vorplanung, Beschluss StBV012/96(III)04 vom 06.05.2004, einschließlich den bedarfsgerechten Ausbau des Katastrophenschutzstabes der Feuerwache Nord mit einem Kostenrahmen von

10.045.000 EUR (Mehrausgaben i.H.v. 330.000 EUR).

- Die Entscheidung über den Fortgang der Investition wird mit der HH-Planung 2005 und Folgejahren getroffen.

<b>Pflichtaufgaben</b>	<b>freiwillige Aufgaben</b>	<b>Maßnahmenbeginn/ Jahr</b>	<b>finanzielle Auswirkungen</b>			
	<b>x</b>	<b>2006</b>	<b>JA</b>	<b>x</b>	<b>NEIN</b>	

<b>Gesamtkosten/Gesamtein-</b>	jährliche		<b>Finanzierung</b>		Objektbezogene		<b>Jahr der</b>	
<b>Nahmen der Maßnahmen</b>	Folgekosten/		Eigenanteil		Einnahmen		<b>Kassenwirk-</b>	
(Beschaffungs-/	Folgelasten		(i.d.R. =		(Zuschüsse/		<b>samkeit</b>	
Herstellungskosten)	ab Jahr	2008	Kreditbedarf)		Fördermittel,			
					Beiträge)			
	keine							
Euro	10.045.000	Euro	146.971	Euro	10.045.000	Euro	0	2003 - 2008

<b>Haushalt</b>				<b>Verpflichtungs- ermächtigung</b>				<b>Finanzplan / Invest. Programm</b>					
Veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	x	*Bedarf:		veranschlagt:	x	*Bedarf:	x		
Mehreinn.:				Mehreinn.:				Mehreinn.:					
				Jahr				Jahr					
				Euro				Euro *Euro					
Davon Verwaltungs-				davon Vermögens-				2005		2.220.000	Bis2003	125.000	125.000
Haushalt im Jahr				haushalt im Jahr				2006		3.500.000	2004	125.000	125.000
	mit		Euro	2004	mit	125.000	Euro	2007		3.400.000	2005		675.000
											2006		2.220.000
Haushaltsstellen				Haushaltsstellen							2007		3.500.000
				2.13001-10							2008		3.400.000
				Prioritäten-Nr.:							VWH 2008 – 146.971		

federführendes Amt	Sachbearbeiter Frau Scholz	Unterschrift AL Rüdiger Janel
-----------------------	-------------------------------	----------------------------------

verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift	Werner Kaleschky
-----------------------------------	--------------	------------------

**Begründung:**

Der Neubau der Feuerwache Nord soll an der Peter-Paul-Straße entsprechend der Fortschreibung des Feuerwehrkonzeptes (DS0601/01 Beschluss- Nr. 1533-43(III)01) errichtet werden.

Um die festgeschriebene Kostenobergrenze von 9.715.000 EUR einzuhalten, musste das ursprüngliche Raum- und Funktionsprogramm (DS0275/03 Beschluss- Nr. 2447-68(III)03) in Zusammenarbeit mit dem Nutzer überarbeitet und in wesentlichen Teilen reduziert werden. Die Funktionalität der Feuerwache wird dadurch nicht eingeschränkt.

Die Einsatzfahrzeuge, welche nicht unmittelbar dem Ersteinsatz dienen, werden in einem offenen Carport untergestellt. Dadurch wird eine wesentliche Verringerung des Raumvolumens der Fahrzeughalle und damit eine Kostenreduzierung erzielt.

Die Kosten für die verkehrliche Erschließung und die Baufeldfreimachung werden entsprechend der erfolgten Abstimmung vom 04.11.2003 und 02.06.2004 von der KGE übernommen. Ein Betrag i.H.v. 50.000 EUR soll für die medientechnische Erschließung aufgewandt werden.

Der Neubau der Feuerwehr erfolgt auf einer Teilfläche von ca. 11.000 m<sup>2</sup>. Die städtebaulich gewünschte straßenbegleitende Bebauung entlang der Rogätzer Straße und die notwendigen Alarmanfahrten zur Peter-Paul-Straße werden durch ein winkelförmiges Gebäude gewährleistet. Der Carport wird auf der Südseite des entstehenden Innenhofes errichtet.

Langfristig kann die Bebauung des Grundstücks durch eine Leitstelle als direkter Anbau an den Giebel der Feuerwache (Rogätzer Straße), eine Rettungswache (ebenfalls mit Alarmanfahrt) in Verlängerung der Feuerwache Peter-Paul-Straße und einer Kalthalle für den Katastrophenschutz entlang der Theodor-Kozłowski-Straße ergänzt werden.

Das Vorhaben ist Bestandteil der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen. Durch den Neubau der Feuerwache Nord werden planmäßig im Verwaltungshaushalt ab Ende 2006 Personalkosten für 10 Planstellen eingespart. Die Baunutzungskosten können mit der Inbetriebnahme des Neubaus jährlich um 44.100 EUR gegenüber den bisherigen Kosten gesenkt werden.

**Variante K – Mit Erweiterung des Katastrophenschutzstabsbereiches**

Am 06.03.2003 wurde vom Stadtrat der Abschlussbericht des Oberbürgermeisters zur Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe 2002 mit den entsprechenden Schlussfolgerungen (I0518/02) zustimmend zur Kenntnis genommen.

Demzufolge ist die Verbesserung der Unterbringung des Stabes in Räumen geeigneter Anordnung, Größe und technischer Ausstattung ein wesentlicher Schwerpunkt der Optimierung des zukünftigen Krisenmanagements.

In der Vorplanung zur Feuerwache Nord konnte eine dementsprechende verbesserte räumliche Gestaltung und Ausstattung des Stabsbereiches nicht erfolgen, da die durch Stadtratsbeschluss (DS0275/03) festgelegte Kostenobergrenze von 9,715 Mio. Euro lediglich die planerische Umsetzung eines bereits reduzierten Raumprogramms für die Feuerwache ermöglichte.

Die Baukosten von 9,715 Mio. Euro wurden im Jahr 2001 im Zusammenhang mit der Erarbeitung

des neuen Feuerwehrkonzeptes (DS0601/01) ermittelt und konnten somit nicht die Umsetzung der Schlussfolgerungen aus der Flutkatastrophe 2002 beinhalten.

Mit der vorliegenden Planungsvariante K wurde der Bereich des Katastrophenschutzstabes unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der Flut im Jahre 2002 erweitert.

Für die Erweiterung sollen ein zusätzlicher Stabsnebenraum und Verwaltungsstabsraum im räumlichen Zusammenhang zum Stabsraum geschaffen werden. Diese Räume können durch die Ecksituation zu Lasten des Verwaltungsbereichs im 1. OG eingerichtet werden.

In der Anlage A wird die derzeitige Vorplanung den Schlussfolgerungen aus der Flutkatastrophe entsprechend gegenübergestellt. Anforderungen sind zu erfüllen:

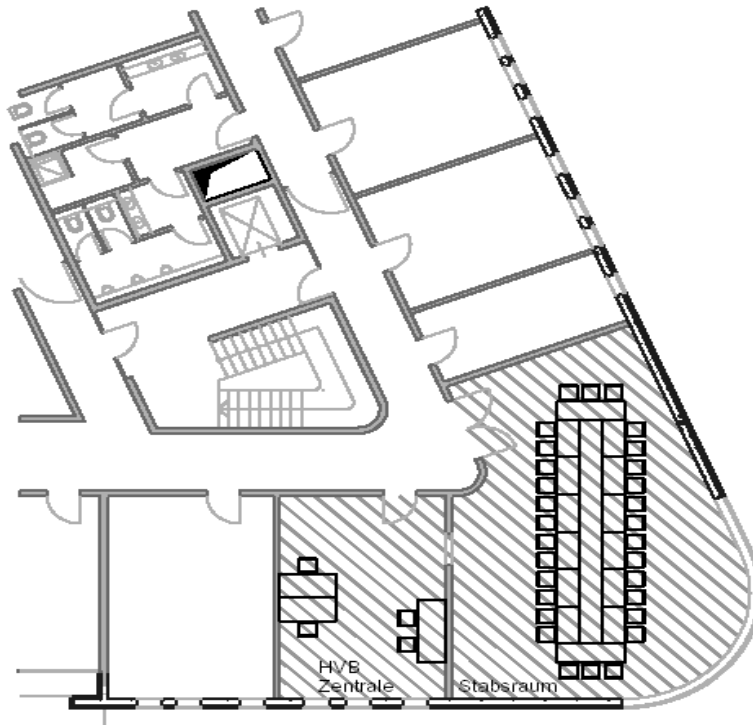
### **Raumaufteilung und –ausstattung des erweiterten Stabsbereiches:**

- **Stabsraum** mit 74 m<sup>2</sup> für bis zu 20 Stabsmitarbeiter  
Ausstattung:
  - 10 vernetzte PC-Arbeitsplätze
  - 3 Telefonanschlüsse
  - Videokamera
  - Beamer
  
- **Stabsnebenraum** mit 59 m<sup>2</sup> für bis zu 12 Mitarbeiter und Schränken für Unterlagen und Arbeitsmittel  
Ausstattung:
  - 6 vernetzte PC-Arbeitsplätze
  - 10 Telefonanschlüsse
  - Videoprojektor (Lagekarte)
  
- **Verwaltungsstabsraum** mit 30 m<sup>2</sup> für bis zu 12 Mitarbeiter  
Ausstattung:
  - 2 vernetzte PC-Arbeitsplätze
  - 2 Telefonanschlüsse
  - Videoprojektor (Lagekarte)
  
- **Zentrale HVB** mit 24 m<sup>2</sup> für bis zu 4 Mitarbeiter  
Ausstattung:
  - 2 PC-Arbeitsplatz
  - 5 Telefonanschlüsse
  - 2 BOS-Funkgeräte

Die Anlage B beschreibt, wie durch den angepassten erweiterten Stabsbereich die bei der Flutkatastrophe 2002 bestandenen Defizite wirkungsvoll beseitigt werden und welche Kosten dadurch entstehen.

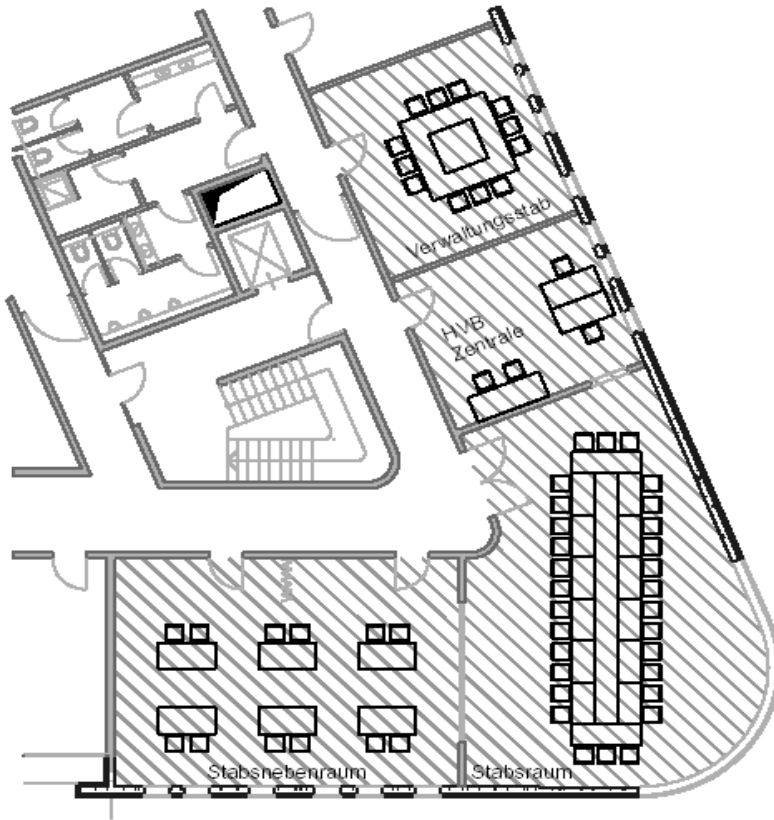
## Anlage A

### Stabsbereich 1.Obergeschoss in der aktuellen Vorplanung



### Variante K

### Stabsbereich unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen der Flut 2002



**Anlage B**

Beseitigung von Defiziten der Bekämpfung der Flutkatastrophe 2002 durch Bereitstellung eines erweiterten Stabsbereiches und Darstellung der Kosten

<b>Defizit</b>	<b>Abhilfe</b>
1. Unterbrechung des Führungsvorganges durch Lageberatungen	Bereitstellung eines separaten Stabsnebenraumes zur Unterbringung der Sachbearbeiter der Sachgebiete S1 – S6
2. Zeitverlust und fehlende Überschaubarkeit durch Informationsweitergabe auf Meldezetteln	Vernetzung der Sachgebiete S1 – S6, der Funkmeldezentrale, der Bürgerhotline und der TEL Evakuierung, Unterbringung und Verpflegung
3. Überbelegung und hoher Lärmpegel im Stabsraum	Verlegung des Großteils der Sachbearbeitung S1 – S6 in den Stabsnebenraum, insbesondere Telefonate
4. Zeitnahe und vollständige Lagedarstellung	Lagedarstellung und Kräfte- und Mittelübersicht auf Magnettafeln und Videoübertragung in den Stabsnebenraum und in den Verwaltungsstab
5. Lückenlose Dokumentation der Entscheidungen des Stabes und des Verwaltungsstabes	Tondokumentation im Verwaltungsstab und im Arbeitsstab, Speicherung aller internen und externen e-mails
6. Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Sachgebietsleitern und deren Sachbearbeitern durch weit entfernte Unterbringung in Nebenräumen	Benachbarte Unterbringung dieser Bereiche und Verbindung der Räume durch transparente Glaswand und zuschaltbarer Sprachübertragung von Raum zu Raum.
7. Anlaufschwierigkeiten des Katastrophenmanagements durch Ummöblierung und Umrüstung von regulären Büroräumen zu Stabsnebenräumen	Primäre Vorhaltung und Ausstattung des Stabsraumes, der Verwaltungsstabsraumes und des Stabsnebenraumes. Zweitnutzung als Beratungs- und Arbeitsräume ist möglich und notwendig.
8. Fehlender Stellplatz für ein Dekontaminationsfahrzeug	Schaffung eines Stellplatzes für ein Einsatzfahrzeug zur Reinigung von nuklear und chemisch kontaminierten Personen in der Fahrzeughalle der Wache

Kosten: - Erweiterung der Nutzfläche des Raumprogramms um 121 m <sup>2</sup> :	301.300,00 EUR
Die zusätzlichen Räume für den Stabsbereich (65 m <sup>2</sup> ) können im 1. OG nur durch Verbreiterung der darunter liegenden Fahrzeughalle um eine Stellfläche (56 m <sup>2</sup> ) untergebracht werden.	
- Spezifische, technische Ausstattung des Stabes mit Kommunikations- und DV-Technik:	29.000,00 EUR
- Gesamtkosten:	330.300,00 EUR

Durch die flächenoptimierte Planung ist keine Platzreserve für die zusätzlich benötigten Erweiterungsflächen im Bereich Katastrophenschutz im geplanten Verwaltungsbereich entlang der Rogätzer Straße vorhanden. Diese Flächen können nur durch eine Verlängerung der Fahrzeughalle

um eine Achse von 4,50 m parallel zur Peter-Paul-Straße geschaffen werden.

Der Bruttonauminhalt würde um 607 m<sup>3</sup> und die Außenanlagen um 271 m<sup>2</sup>, bei 215.000 EUR Kosten (KG 300, 500 , anteilig 400 und 700) vergrößert werden. Zusätzlich fallen auf Grund der sehr hohen Anforderungen an die technischen Anlagen und Ausstattung Kosten i.H.v. 115.000 EUR (KG 600, anteilig 400 und 700) an.

Innerhalb des festgeschriebenen Kostenrahmens ist die Erweiterung des Katastrophenschutzstabes nicht möglich.



**Anlagen:**

2. Finanzplan
3. Plandaten ( Flächen )
4. Kostenberechnung
5. Folgekosten
6. Terminplan
7. Zeichnungen

**1. Erläuterungsbericht**